

ANTRAG 2

Förderung gegen Energiepreissteigerung

**an die 171. Hauptversammlung
der Bundesarbeiterkammer am 2.12.2021**

Die 171. Hauptversammlung der Bundesarbeiterkammer beschließt sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, ein Fördermodell zu entwickeln, das garantiert, dass Personen und Haushalte mit geringen Einkommen, die Gefahr laufen, aufgrund der gestiegenen Energiepreise ihre Strom- und Gasrechnungen nicht mehr bezahlen zu können, jedenfalls ständig über eine gesicherte Strom- und Gasversorgung verfügen und ihre Wohnungen entsprechend heizen können.

Begründung:

Durch die stark gestiegenen Treibstoff- und Energiepreise ist die Inflation auf einem neuen Niveau angelangt. Diese auf ein 10-Jahres-Hoch gestiegene Inflationsrate stellt ein massives Alarmsignal für die durch die Corona-Politik der Regierung bereits massiv belasteten Bürger in Österreich dar.

Die Bundesregierung muss die Bürgerinnen und Bürger gerade jetzt entlasten, statt sie weiter zu belasten. Zu den stark gestiegenen Energiekosten kommen, mit dem beschlossenen Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, weitere Belastungen auf die Haushalte zu, zumal künftig 1 Mrd. Euro jährlich von den Energieverbrauchern aufzubringen sind.

Die im Rahmen einer ökosozialen Steuerreform von ÖVP und Grünen geplante CO₂-Steuer lässt zukünftig weiteres befürchten und wird die Inflation zusätzlich anheizen und wohl zu weiteren Teuerungen führen.

Die gestiegenen Energiekosten belasten zunehmend auch die wirtschaftliche Erholung nach dem Corona-Schock. Laut einer Schätzung der Österreichischen Nationalbank (OeNB) dämpft das auch die österreichische Wirtschaftsleistung.

In einigen Ländern will die Politik nun durchgreifen. So wurde in Spanien per Dekret ein Dringlichkeitsprogramm zur Senkung des Strompreises verabschiedet, weil seit dem Frühsommer der Strompreis unaufhörlich gestiegen ist.

Gerade die Haushalte mit geringen Einkommen werden in der bevorstehenden kalten Jahreszeit durch die steigenden Energiekosten und die die Teuerung anfeuernden Maßnahmen durch die Bundesregierung am stärksten belastet.

Daher ist es dringend an der Zeit, dass diese Bundesregierung von weiteren Belastungsmaßnahmen, die das Leben verteuern, Abstand nimmt und effektive Maßnahmen setzt, um Energiearmut in Österreich wirksam zu verhindern.

| | | | | |
|--|------------------------------------|------------------------------------|-------------------------------------|--|
| Angenommen <input checked="" type="checkbox"/> | Zuweisung <input type="checkbox"/> | Ablehnung <input type="checkbox"/> | Einstimmig <input type="checkbox"/> | Mehrheitlich <input checked="" type="checkbox"/> |
|--|------------------------------------|------------------------------------|-------------------------------------|--|